

## XII. Kreistags-Sitzung am Montag, den 05. Februar 2018

Vorlage 1168-2017

**Gewaltschutzkonzept für besonders gefährdete Geflüchtete (Kinder, Jugendliche, Frauen, LGBT) in Gemeinschaftsunterkünften im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Gewaltschutz-Konzept für besonders gefährdete Geflüchtete, nämlich Kinder, Jugendliche, Frauen, Lesben, Schwule sowie Bi- und Transsexuelle beschreibt ausführlich, wie gewalttätige Übergriffe in Gemeinschaftsunterkünften sozusagen durch präventive Maßnahmen möglichst vermieden werden können und wie diesen Übergriffen, sollte es dazu kommen, begegnet werden kann.

Dazu ist eine Menge von gewiss sinnvollen und hilfreichen Verhaltens- und Handlungs-Empfehlungen, Kontaktadressen, Beratungs- und Schulungsangeboten und mehr aufgelistet.

Mir drängt sich dazu die Frage auf, ob nicht bei der Aufzählung der besonders gefährdeten Geflüchteten, eine Personengruppe übersehen oder vergessen wurde.

**Nämlich Männer**, die schon in ihrem Herkunftsland wegen ihres christlichen Glaubens verfolgt wurden und nun in den Gemeinschaftsunterkünften ihre déjà vu – Erlebnisse haben, und -wie man hört und vor allem liest, in nicht geringer Zahl – vorausgesetzt, man interessiert sich dafür.

Wir sind also der Meinung, daß selbstverständlich auch Männer christlichen Glaubens in Gemeinschaftsunterkünften in dieses Gewaltschutz-Konzept einbezogen werden müssen.

Dann können wir der Vorlage zustimmen.

Die viel interessantere und wichtigere Frage, wieso überhaupt Gewaltschutzkonzepte für das Zusammenleben von Menschen notwendig geworden sind, werde ich jetzt nicht stellen, weil das in politische Sphären führt, in denen wir uns nicht bewegen dürfen.

Wir haben uns hier mit den real existierenden Problemen in diesem Landkreis zu befassen. Denn: wie sagte jemand?

„Jetzt sind sie nun mal da“

und wir sind aufgefordert, das Beste daraus zu machen.

Vielen Dank für Ihr Aufmerksamkeit!.

Die Kreistags-Vorsitzende ließ über diesen Antrag abstimmen.

Außer der AfD-Fraktion stimmten die Linke, die FW/PP und die fünf fraktionslosen Abgeordneten für die Änderung, der Rest der Abgeordneten lehnte ab. Angenommen wurde die Vorlage in der ursprünglichen Fassung.